

## Preussischer Landtag.

N Berlin, 21. Febr. (Prin., Tel.)

Im Abgeordnetenhaus wurde die Debatte über die

## Handels- und Gewerbefragen

fortgesetzt.

**Abg. Gué (Sog.):** Wir sollten doch wissen, daß große Schichten des Händlerturns nicht mehr sind als die Verschleiher und Agenten von Waren für die großen Produzentenkonzerne. Bedeutende Teile des Händlerturns haben dadurch ihre Selbstständigkeit fast völlig verloren. Ebenso ist es in dem Gebiet der Schiffahrt, wo die kleine Schiffahrt fast gänzlich lahm gelegt worden ist. Wir würden durch den Antrag Vorschlag nur noch die Agenten der Produzenten in die Preisprüfungs ausschüsse hineinbekommen. Dorthinein sollte man im Gegenteil als Sachverständige Vertreter der verschiedenen Konsumgenossenschaften und ähnlicher Vereinigungen heranziehen. Eine andere Frage ist die, wo der legale Handel anfängt. Im Kohlenhandel z. B. beträgt der Unterschied zwischen dem Produktionspreis und dem Konsumumentenpreis 20 pro Tonne. Die Einrichtung der Droschkarten, die nicht nach dem Vermögen der Empfänger verteilt werden, begünstigen wir. Wir hoffen, daß diese und ähnliche sozialistische Einrichtungen auch nach dem Kriege Geltung haben werden. Wir treten für die Verbesserung der Verkehrseinrichtungen, Ausbau der Wasserstraßen, Erleichterung der Schiffahrt ein. Wir fordern auch die Beseitigung privatkapitalistischer Handelsmonopole. Wir verurteilen die handelspolitischen Maßnahmen des feindlichen Auslandes gegen Deutschland. Ein ehelicher Männerkampf ist schließlich noch zu erwarten. Aber wenn der Kampf dahin ausgeht, wird ein ganzes Volk um den Erwerb zu bringen, so ist solcher handelspolitischer Vernichtungskrieg nichts anderes mehr als Piraterie.

Die deutschen und die österröisch-ungarischen Sozialisten wünschen gleichfalls eine innigere und freundschaftliche Gestaltung der handelspolitischen Verhältnisse zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Die Hineinziehung der Balkanstaaten und der Türkei in das mitteleuropäische Wirtschaftsgebiet macht die Schwierigkeiten allerdings größer, ist aber deshalb doch nicht weniger eritrebenswert. Die Forderung eines lindenlosen Zolltarifs in Deutschland macht bei der Neuregelung unserer handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn die allgerühmten Schwierigkeiten. Der Handelsminister hat sich am Sonnabend mit der gebotenen Vorsicht über die Schwierigkeiten ausgesprochen und bemerkt, daß durch dieses wirtschaftliche Bündnis der Handel mit den Neutralen und auch mit den jetzt feindlichen Staaten nicht unmöglich gemacht werden dürfe, weil unsere Industrie und unser Handel den Weltmarkt nicht entbehren können. Das muß man unterschreiben. Wir sind an weltbürgerlichen Unternehmungen in diesen Ländern beteiligt. Gerade jetzt im Kriege haben wir erfahren in welchem Umfange der Kapitalismus international organisiert ist, in Transportunternehmungen, Bankunternehmungen, Kartellen u. s. w. Auch die Interessen der Arbeiterschaft sind in allen Ländern identisch. Man stelle die internationalen Beziehungen der Arbeiterschaft als Landesberrat hin. Heute sieht man, wie die Waffe der Arbeiterschaft in jedem Lande als Vaterlandsverteidiger auftritt. Unsere internationalen Beziehungen haben nicht zum Ziele gehabt, das eigene Vaterland im Falle eines Krieges im Stich zu lassen. Diese Beziehungen standen auf durchaus nationalen Boden. Auf dem internationalen Vergarbeiterkongress in Düsseldorf 1910 hat der Handelsminister Sydow sich in ganz ähnlichem Sinne für die gemeinsame Kulturarbeit der ganzen Welt ausgesprochen. (Beifall.)

Der in der letzten Sitzung mitverhandelte Antrag desentrums:

1) An den Preisprüfungsstellen den Kleinhändlern in der Regel die gleiche Anzahl von Vertretern wie dem Großhandel und den Warenerzeugern einzuräumen und den Kleinhandelsorganisationen einer Gemeinde, bezw. eines Kommunalverbandes ein Vorschlagsrecht für die Vertreter des Kleinhandels zu gewähren.

2) Die Festsetzung von Höchstpreisen möglichst gleichzeitig für Groß- und Kleinhandel erfolgen zu lassen, sollen auf Antrag des Abgeordneten v. Zedlitz dahin geändert werden, daß statt „Anzahl von Vertretern“ gesagt wird „Vertretung“ und statt „ein Vorschlagsrecht“ gesagt werden soll „eine Mitwirkung“.

**Abg. Frhr. v. Zedlitz (freikons.):** Den Wunsch des Abg. Zeser, daß der bargeldlose Verkehr tunlichst gefördert werde, kann ich nur auf das entschiedenste unterstützen. Auf diese Anregung sind der Minister und sein Vertreter nicht eingegangen. Bei unseren Reichs- und Staatsbehörden besteht ein gewisses Beharrungsvermögen. Es soll daher der Minister Gelegenheit nehmen, auch hier auf die Bedeutung der Durchführung des bargeldfreien Handelsverkehrs hinzuweisen. (Sehr gut! rechts.) Es ist schon richtig bemerkt worden, daß auch hinsichtlich der Behandlung der Einfuhr der Sach gilt: „Der Buchstabe tötet!“ In der Kommission wurde gesagt, bei der Einfuhr müsse das Prinzip gewahrt werden, daß sie lediglich durch die Einkaufsstelle gehe. Richtiger hätte man hier statt von „Prinzipien“ von „Schablonen“ oder „Schema“ gesprochen. (Zustimmung rechts.) Die Ausfuhr müssen wir im Interesse unseres Handels wie unserer Valuta möglichst zu fördern suchen. Wir haben aber dagegen Vorzüge zu treffen, daß nicht in den neutralen Ländern unsere bisherigen Handelsbeziehungen von den Gegnern übernommen, und wir so dauernd von unserem Handelsmarkt ausgeschlossen werden. Schon jetzt werden dort, wo wir nicht mehr hinkommen, von den Gegnern Lieferungen nur übernommen unter der Bedingung, daß langjährige Lieferungsverträge geschlossen werden. Die formelle Erteilung der Erlaubnis der Ausfuhr zu vereinfachen, ist ein wirklich dringendes Bedürfnis. Darüber hinaus wird in ernsthafte Prüfung der Frage eingetreten werden müssen, wie eine Erweiterung der Ausfuhr möglich ist. Wir wissen aus den englischen Meldungen, daß tatsächlich England in erster Linie den deutschen Außenhandel zerstören und vernichten will, daß dies sein wirkliches Kriegsziel ist. Das haben Abgeordnete und Minister dort mit dünnen Worten erklärt, ein Ge-

richt hat diese Erklärung sogar schon zur Grundlage seines Spruches gemacht. (Hört! Hört!) Von der Verletzung der belgischen Neutralität als der Ursache der englischen Kriegserklärung ist nicht mehr die Rede. Es ist ja auch längst festgestellt, daß die belgische Neutralität nicht entfernt die Unverletzlichkeit des belgischen Staatsgebietes in sich schließt, daß Preußen sogar ein Besatzungsrecht der Maasfestungen zustanden worden ist. Es ist darauf hingewiesen worden, daß England letzten Endes die Vernichtung unseres Handels im Auge hat, und ebenso daß wir umgekehrt daran denken müssen, nach Friedensschluß wieder mit unseren Gegnern in Handelsbeziehungen zu treten. Ich bedauere, daß dieser Gedanke nicht bis zu Ende durchgedacht worden ist, sonst hätte das Ergebnis sein müssen, daß wir erst dann wieder zu Handelsbeziehungen zu unseren Gegnern kommen können, wenn wir den Handelskrieg durchgeföhrt haben. Um das aber zu können, muß der Handelskrieg sorgfältig vorbereitet sein. Wir wissen aber alle, daß unser Wirtschaftskrieg nicht so vorbereitet war wie der Krieg mit Waffen. Diesen Fehler müssen wir jetzt, noch während des Krieges, auszubessern zu suchen, um den nach dem Kriege kommenden Handelskrieg siegreich bestehen zu können. Eine Aenderung unseres Verhältnisses zu unseren Waffengenossen auch in wirtschaftlicher Beziehung wird uns zweifellos die Durchführung dieses Handelskrieges erleichtern, wenn wir mit ihnen zusammen eine geschlossene Front nach außen unseren Gegnern gegenüber bilden. Diese Aufgabe ist aber von der größten Schwierigkeit und ist nicht mit Stimmungsoilborn zu lösen. Sie erfordert größte Vorsicht und Nüchternheit. (Sehr richtig!) Eine Wirtschafts-Verständigung mit Oesterreich-Ungarn kann nur auf der Basis möglich sein, daß alle Teile dabei ihren Vorteil finden. Der Minister hatte recht, als er meinte, wir wollen ruhig die Entwicklung abwarten. Es ist eine schwere Aufgabe, von hier Anweisung zu geben. Das ist auch nach der Richtung hin bedenklich, weil viele Köpfe den Drei verderben. Diplomatie ist die Kunst, mit genauer Kenntnis der Menschen und der Verhältnisse die Sache richtig zu behandeln. Wir haben ja in der Kommission ein Schulbeispiel gehabt, wie man solche Sachen nicht macht. (Beifall.) Es werden sich zur geeigneten Zeit schon Leute finden, die diese Kunst verstehen, und die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn so fördern können, daß wir bei Friedensschluß die wirtschaftliche Verständigung mit unseren Waffengenossen zur Tat werden lassen können. Bei den Friedensbedingungen ist es wichtig, daß dafür gesorgt wird, daß wir mit unseren jetzigen Gegnern unter denselben Bedingungen Handel treiben können wie bisher. Ich halte dies für so wichtig, daß, wenn es fraglich ist, ob wir eine Geldentschädigung erhalten wollen oder Handelsverträge, ich vorschlage, auf die Geldentschädigung zu verzichten. Darüber kann aber kein Zweifel sein, daß wir zum Wiederaufbau unseres Handels nach dem Kriege dieselbe Grundlage nötig haben die sich in diesem Kriege so bewährt hat, nämlich den Schutz aller Zweige der schaffenden Arbeit.

(Die Sitzung dauert fort.)